

Wir lassen uns nicht instrumentalisieren:

Nein zu rassistischer Stimmungsmache im Namen von Frauen*.

München, 22.10.2025

Verfasst von: Kirsten Röseler und Rewan Aaron Wagner

Herausgegeben von: Frauen DBSH Bayern*

Als DBSH-Frauen* stellen wir uns entschieden gegen jede Form von rassistischer Rhetorik – auch und gerade dann, wenn sie vermeintlich im „Schutz von Frauen*“ begründet wird.

Die aktuellen Aussagen von Bundeskanzler Friedrich Merz, in denen er Menschen mit Migrationsgeschichte als „Problem im Stadtbild“ bezeichnet und Ängste von Frauen* als Rechtfertigung nutzt, sind nicht nur diskriminierend – sie sind gefährlich.

Rassismus lässt sich nicht mit dem Hinweis auf „Sicherheit“ legitimieren. Frauen*rechte werden nicht gestärkt, wenn sie benutzt werden, um gegen marginalisierte Gruppen Stimmung zu machen.

Im Gegenteil: Diese Instrumentalisierung spaltet, verstärkt Vorurteile und verschiebt die Debatte weg von realen gesellschaftlichen Herausforderungen wie sozialer Ungleichheit, Gewaltprävention und struktureller Diskriminierung. Zudem werden in diesem Argument rassifizierte Frauen* unsichtbar gemacht. Es wird also völlig ausgeblendet, dass auch Frauen*, die BIPOC sind oder muslimisch gelesen werden, Teil unserer Gesellschaft sind – und im Diskurs über „die Sicherheit von Frauen*“ oft unsichtbar gemacht werden.

Sie werden durch rassistische Narrative nicht geschützt, sondern zusätzlich gefährdet und vom Rassismus selbst betroffen.

Wer zum Stadtbild gehört und wer nicht ist außerdem nicht vom Pass abhängig: Schon in den 1980ern kämpften afrodeutsche Aktivistinnen* wie Katharina Oguntoye, May Ayim und Dagmar Schulz gegen genau diese Vorurteile. Staatsangehörigkeit hat nichts mit Rassifizierung zu tun, es gibt Schwarze Deutsche und Deutsche of color. Und Zugehörigkeit hat auch nichts mit dem Pass zu tun, wer einen anderen Pass und vielleicht auch eine zweite Heimat hat, gehört trotzdem zum Stadtbild der Stadt, in der sie*they*er lebt. Viele dieser Menschen sind sogar in dieser Stadt geboren oder leben hier seit ihrer Kindheit. Aber auch die Dauer spielt keine Rolle, egal ob eine Person seit gestern oder seit 10 Jahren hier lebt: Sie hat den gleichen Respekt verdient, die gleichen Chancen, die gleichen Rechte, wie Menschen, die ausschließlich (weiße) deutsche Vorfahr*innen haben und nie umgezogen sind.

Statement

Diese Instrumentalisierung spaltet, verstärkt Vorurteile und verschiebt die Debatte weg von den tatsächlichen gesellschaftlichen Herausforderungen – wie sozialer Ungleichheit, Gewaltprävention und struktureller Diskriminierung.

Als Sozialarbeiterinnen* wissen wir:

- Sicherheit entsteht durch soziale Gerechtigkeit, Bildung, Teilhabe und Respekt – nicht durch Ausgrenzung.
- Unsere Aufgabe ist es, Menschen zu stärken – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion.
- Wir setzen uns für ein solidarisches Miteinander ein, das Vielfalt als Stärke begreift.
- Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung der Istanbul Konvention sowie die sofortige und konsequente Anwendung des Gewalthilfegesetzes für alle FLINTA*-Personen und deren Kinder, die von patriarchaler Gewalt betroffen sind, ein, um den Abbau von Gewalt gegen Frauen* sicher zu stellen.

Wir fordern politisches Handeln, das auf Teilhabe, nicht auf Spaltung zielt.

Rassismus ist keine Meinung – er ist eine Menschenrechtsverletzung!